



Prioritätsbescheinigung über die Einreichung einer Patentanmeldung

Aktenzeichen: 102 33 511.7

Anmeldetag: 23. Juli 2002

Anmelder/Inhaber: Huf Hülsbeck & Fürst GmbH & Co KG,
Velbert/DE

Bezeichnung: Schließsystem für Motorfahrzeuge

IPC: B 60 R 25/02

Die angehefteten Stücke sind eine richtige und genaue Wiedergabe der ursprünglichen Unterlagen dieser Patentanmeldung.

München, den 21. Mai 2003
Deutsches Patent- und Markenamt
Der Präsident
Im Auftrag

walner

Deutsches Patent- und Markenamt

Eingegangen

1.2. MAI 2003

Erl.

BUSE · MENTZEL · LUDEWIG

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

München, den 10. April 2003

Telefon: (0 89) 21 95 - 2793

Aktenzeichen: 102 33 511.7-51

Anmelder: Huf Hülsbeck & Fürst
GmbH & Co. KG

Patentanwälte
Buse, Mentzel, Ludwig
Postfach 20 14 62
42214 Wuppertal

Ihr Zeichen: 57ELV/ZAS-Blockadeumkehr

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 24. Juli 2002

Eingang: 12.05.2003

Termin: 12.07. / 12.09. 2003 auf 5 Mon.

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

4 Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je **zwei** Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

- o (1) DE 196 53 860 C1
- o (2) DE 195 09 097 C1
- o (3) DE 44 46 613 A1

H/Ra

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer nach dem 1. Januar 1987 mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmuster-Gesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Annahmestelle und
Nachbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64
81534 München

Hausadresse (für Fracht)
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon (089) 2195-0
Telefax (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:
BBk München
Kto.Nr.: 700 010 54
BLZ: 700 000 00

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Recherche zur vorliegenden Anmeldung erbrachte o.a. Stand der Technik.

Dabei offenbart die Druckschrift (1) ein Schließsystem für Motorfahrzeuge, mit einer Einrichtung zur Fahrberechtigung (30),
mit einem zum Steuern des Motors dienenden Betätiger (2),
welcher zwischen einer den Parkzustand des Fahrzeugs kennzeichnenden Ruhelage (21.1) und mindestens einer Arbeitslage (21.2) manuell bewegbar ist (Spalte 3, Z. 20 – 24),
wobei ein erstes Blockadeglied (Schieber 11) normalerweise den Betätiger (21) sichert,
und mit einem Riegel (15) für eine Diebstahlsicherung (3) des Fahrzeugs, die an einer Lenksäule angreift,
welcher zwischen einer Freigabestellung und einer Verriegelungsstellung umsteuerbar ist,
wobei ein zweites Blockadeglied (Riegelblockglied 16) den Riegel in der Freigabestellung sichert,
dadurch gekennzeichnet,
dass zwischen dem Betätigerblockglied (11) und dem Riegelblockglied (16) eine Verbindung (4) besteht,
welche das Riegelblockglied (16) wirksam setzt, wenn das Betätigerblockglied (11) unwirksam ist, und umgekehrt, das Riegelblockglied (16) unwirksam macht, wenn das Betätigerblockglied (11) wirksam ist
und das Riegelblockglied (16) in der Verriegelungsstellung des Riegels (15) sich an einer ersten Schulter (Rand des Riegels 15) abstützt und mittels der Verbindung (4) Ursache dafür ist,
dass die wirksame Position des Betätigerblockglieds (11), welche den Betätiger (2) hält, arretiert bleibt.

Von diesem Stand der Technik unterscheidet sich der Anmeldungsgegenstand lediglich dadurch, dass das erste Blockadeglied den Betätiger in dessen Ruhelage sichert. Es bedarf nun keiner erfinderischer Tätigkeit, beim Stand der Technik das als Schieber (11) bezeichnete erste Blockadeglied so auszubilden, dass das Betätigungsglied in seiner Ruhelage gesichert ist.

Den geltenden Anspruch 1 kann ich daher mangels Erfindungshöhe seines Gegenstandes nicht erteilen.

Die Merkmale der Unteransprüche 2, 3, 5, 6, 7, 8, 16, 17, 18 sind ebenfalls aus Druckschrift (1) bekannt, sie können daher nicht Grundlage für einen gewährbaren Hauptanspruch bilden.

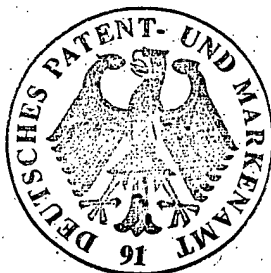
Ähnlich wirkende Vorrichtungen sind aus Druckschriften (2) und (3) bekannt.

Ich bitte Sie einen neuen Hauptanspruch einzureichen und den genannten Stand der Technik zu würdigen.

Der mit Eingabe vom 09. August 2002 eingereichte geltende Anspruch 1 erscheint nur unzulässig erweitert. An der von Ihnen zitierten Stelle ist ausdrücklich von einer Zugangsberechtigung die Rede. Nimmt man noch die Unteransprüche 2 – 19, die unverändert gelten, zu Hilfe, so ist in den Unteransprüchen 7 und 12, die sich auf den Anspruch 1 rückbeziehen, ausdrücklich von einer Zugangsberechtigungs-Einrichtung die Rede. Lediglich der allgemeinen Beschreibung des Anmeldungsgegenstandes in den Seiten 1 – 4 könnte man auch von einer Einrichtung zur Fahrtberechtigung ausgehen. Dann müssen aber auch die Unteransprüche angepasst werden. Inwieweit meine Interpretation des Anmeldungsgegenstandes zutreffend ist, muss der Anmelder festlegen.

Mit den vorliegenden Unterlagen konnte die Erteilung eines Patentes noch nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Prüfungsstelle für Klasse B 60 R
Dipl.-Phys. Grünewald
Hausruf 3029



Ausgefertigt


Reg. Angestellte

H/Ra

Anlagen:

• Abl. v. 3 Entgegenhaltungen